

## **ANTRAG**

**der Fraktion der FDP**

### **Gebäudeenergiegesetz unbürokratisch und technologieoffen umsetzen – Smarter Klimaschutz statt Angriff auf das Eigentum**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Eine sinnvolle Klimaschutzpolitik setzt auf wirtschaftliche Anreize statt auf Verbote und Sanktionen. Was sich rechnet, setzt sich auf dem Markt ohne gesetzlichen Zwang durch.
2. Der CO<sub>2</sub>-Emissionshandel setzt ein effizientes Anreizsystem, CO<sub>2</sub> dort einzusparen, wo dies am günstigsten möglich ist.
3. Die Ergänzung des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels durch Verbote und gesetzliche Vorgaben für bestimmte Technologien ist teuer und wirkungslos. Auf diese Weise erzielte CO<sub>2</sub>-Einsparungen führen innerhalb des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels lediglich dazu, dass an anderer Stelle mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen werden darf. Unter dem Strich wird keine einzige Tonne CO<sub>2</sub> weniger emittiert.
4. Die Klimaschutzziele im Gebäudesektor sind primär über den Emissionshandel mit Pro-Kopf-Klimageld zu erreichen und nicht über detaillierte, sich auf einzelne Technologien beziehende ordnungsrechtliche Eingriffe. Marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente sind einer zentralstaatlich vorgegebenen Technologiemitroplanung immer überlegen.
5. Schwerwiegende und verpflichtende Eingriffe in das private Eigentum der Bürgerinnen und Bürger verbieten sich grundsätzlich.
6. Im Wärmemarkt gibt es keine „One-fits-all“-Lösung. Die Wärmepumpe ist gut, aber sie ist nicht die einzige Lösung. Energie aus Wind oder Sonne, Wasserkraft, Biogas, Wasserstoff, Holz und Geothermie zur Wärmeversorgung sind möglich.
7. Eine Wärmewende ohne soziale Kälte mit echter Wahlfreiheit bei der Heizung sowie eine sich am Bedarf orientierende finanzielle Unterstützung sichert die Akzeptanz beim Klimaschutz ohne Kostenschock.

**II. Die Landesregierung wird aufgefordert,**

1. sowohl auf Bundes- als auch auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, klimapolitische Doppelregulierungen abzubauen und die Emissionseffizienz in den Mittelpunkt der klimapolitischen Betrachtung des Gebäudesektors zu rücken.
2. sich dafür einzusetzen, dass alle rechtlichen, technischen und bürokratischen Hürden für die Verbreitung von Mieterstrommodellen abgebaut werden, damit Mieterinnen und Mieter von klimafreundlich erzeugtem Strom in Mehrparteienhäusern und in Quartieren profitieren können.
3. sich auf Bundesebene für eine volle Kompatibilität des Brennstoffemissionshandelsgesetzes mit dem neuen EU-ETS 2 für die Bereiche Verkehr, Gebäude und andere Emittenten einzusetzen.
4. sich für einen frei am Markt bildenden CO<sub>2</sub>-Preis einzusetzen.
5. sich auf Bundesebene für eine Preisstabilitätsreserve zum Schutz vor übermäßigem Preisanstieg unter Nutzung der Flexibilitätsoptionen der EU-Lastenverteilungsverordnung einzusetzen.
6. sich für ein aus den Einnahmen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes finanziertes Klimageld für alle als Sozialausgleich einzusetzen.
7. den Ausbau der Fernwärmenetze in den Kommunen zu fördern.
8. dazu beizutragen, die Erfolgsbedingungen einer klimafreundlichen technischen Infrastruktur zu schaffen, statt Bürgerinnen und Bürgern detaillierte Vorgaben für ihren Heizungskeller zu machen.
9. Städte und Gemeinden in die Lage zu versetzen, jetzt schnell eine kommunale Wärmeplanung zu erarbeiten und zusätzlich unter Einbeziehung der Kommunen die Umsetzung einer integrierten und sektorübergreifenden Energieplanung auf kommunaler Ebene zu prüfen, bei der auf sektor- und gebietsscharfe CO<sub>2</sub>-Reduktionsvorgaben verzichtet wird. Gebäudescharfe und personenbezogene Datensammlungen, wie in einem weiteren aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung geplant, sind abzulehnen.

**René Domke und Fraktion****Begründung:**

Das Bundeskabinett hat sich auf eine Reform des Gebäudeenergiegesetzes geeinigt, das durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unter Führung des Ministers Robert Habeck und das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen unter Führung der Ministerin Klara Geywitz ausgearbeitet wurde. Sowohl durch den liberalen Koalitionspartner als auch durch unzählige Experten ist dringender Überarbeitungsbedarf im nun laufenden parlamentarischen Verfahren angemeldet und angemahnt worden. Auch die Bundesländer haben im Bundesrat Änderungsbedarf hinterlegt.

In seiner bisherigen Form ist das Gesetz zu bürokratisch, zu teuer und kontraproduktiv für Klimaschutz und Wohlstand. Statt eines innovationsfreundlichen, technologieoffenen Ansatzes für die Dekarbonisierung des Gebäudebestandes wird ein Verbotsansatz gewählt, der kaum Zeit und Spielräume für eine kostengünstige Umstellung auf klimafreundliche Heizmethoden zulässt. Eigentümer von Bestandsgebäuden und Verbraucher erwarten hohe Kosten, die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen gerät in Gefahr.

Um die gesteckten Klimaschutzziele zu den geringstmöglichen Kosten zu erreichen, brauchen wir das effizienteste Instrument – die sektorübergreifende Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen im Rahmen des europäischen Emissionshandels. Der Ausstoß von jeder Tonne CO<sub>2</sub> wird mit einem Preis belegt und die maximale Menge an CO<sub>2</sub>, die Bürger und Unternehmen für die Erreichung der Klimaziele ausstoßen dürfen, ist europaweit gedeckelt. Der Handel mit Emissionszertifikaten ermöglicht eine freie Preisbildung am Markt und garantiert, dass dort CO<sub>2</sub> eingespart wird, wo es am günstigsten möglich ist.

Setzt man konsequent auf CO<sub>2</sub>-Preis und Emissionshandel, wird der Betrieb von Heizungen mit CO<sub>2</sub>-Ausstoß entsprechend teurer, der Betrieb von Heizungen ohne bzw. mit einem geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß relativ günstiger. Jeder Hauseigentümer kann mit steigendem Preis für CO<sub>2</sub> selbst entscheiden, welche individuelle Heizlösung für das eigene Gebäude am kostengünstigsten ist. Unternehmen haben ebenfalls einen Anreiz, unterschiedliche technische Lösungen zur Einsparung von CO<sub>2</sub> für unterschiedliche Arten von Gebäuden zu entwickeln. Der Wettbewerb um die besten Lösungen zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung bietet als dynamisches Entdeckungsverfahren die besten Voraussetzungen für weitere technische Innovationen.